

**II-2380** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

**ORIGINAL****A N T R A G**

der Abgeordneten

No. **173**/A  
Präs.: 19. JUNI 1991

Brennsteiner, Kukacka  
und Genossen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz,  
BGBl.Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes  
BGBl.Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl.Nr. 365/1970,  
der Bundesgesetze BGBl.Nr. 338/1971, 646/1975,  
618/1977, 646/1978, 561/1980, 597/1983, 48/1986, der  
Kundmachung BGBl.Nr. 549/1987 sowie des Bundesgesetzes  
BGBl.Nr. 575/1989 geändert wird.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom ....., mit dem das Postgesetz,  
BGBl.Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes  
BGBl.Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl.Nr. 365/1970, der  
Bundesgesetze BGBl.Nr. 338/1971, 646/1975, 618/1977, 646/1978,  
561/1980, 597/1983, 48/1986, der Kundmachung BGBl.Nr. 549/1987 sowie  
des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 575/1989  
geändert wird.

- 2 -

Der Nationalrat hat beschlossen:

## Artikel I

Das Postgesetz, BGBl.Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl.Nr. 365/1970, der Bundesgesetze BGBl.Nr. 338/1971, 646/1975, 618/1977, 646/1978, 561/1980, 597/1983, 48/1986, der Kundmachung BGBl.Nr. 549/1987 sowie des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 575/1989 wird wie folgt geändert:

§ 5 der Anlage 2 lautet:

"§ 5. Zeitungen:

### 1. Beförderungsgebühr:

Schilling

- |  |      |
|--|------|
| 1.1. Je Kilogramm .....  | 7,-  |
| 1.2. Mindestgebühr je<br>Zeitungssendung für<br>Tageszeitungen unter<br>50 Gramm sowie für<br>Wochenblätter und Monats-<br>schriften.....                      | 0,50 |
| 1.3. Für Zeitungen mit der all-<br>gemein gehaltenen An-<br>schrift "An einen Haus-<br>halt" werden die Gebühren<br>laut Z 1.1. um 20 vom<br>Hundert ermäßigt. |      |
| 1.4. Die Gebühr laut Z 1.1.<br>beträgt ab  |      |
| 1. Juli 1992.....  | 7,50 |
| 1. Juli 1993.....  | 8,-  |
| 1. Juli 1994.....  | 8,50 |
| 1. Juli 1995.....  | 9,-  |
| 1.5. Die Gebühr laut Z 1.2.<br>beträgt ab  |      |

- 3 -

1. Juli 1994.....	0,55
1. Juli 1995.....	0,60

2. Zuschlag zur Beförderungsgebühr  
für Samstagnummern einer Tages-  
zeitung:

2.1. Gewicht der Zeitungsen-  
dung bis 200 Gramm:

je Kilogramm ..... 10,-

2.2. Gewicht der Zeitungsen-  
dung über 200 Gramm:

je Sendung ..... 2,-

3. Zeitungsbeilagengebühr.....	0,40
ab 1. Jänner 1992.....	0,50

4. Jahresgebühr :

4.1. Jahresgebühr

je Zeitung ..... 1000,-

4.2. Beginnt oder endet die  
Zulassung innerhalb des  
Kalenderjahres, so beträgt  
die Gebühr für jedes volle  
und für jedes angefangene  
Kalendervierteljahr.....

250,-

4.3. Die Jahresgebühr wird für  
zugelassene Zeitungen am  
1. Jänner jedes Jahres,  
für nach diesem Zeitpunkt  
zugelassene Zeitungen erst  
zum Zeitpunkt der Zulassung  
fällig."

- 4 -

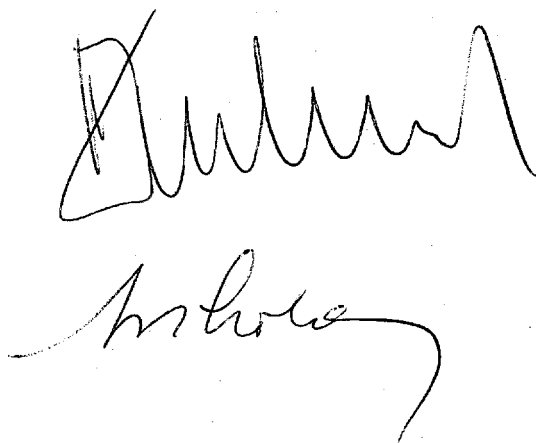
## Artikel II

Dieses Bundesgesetz tritt am 1. August 1991 in Kraft.

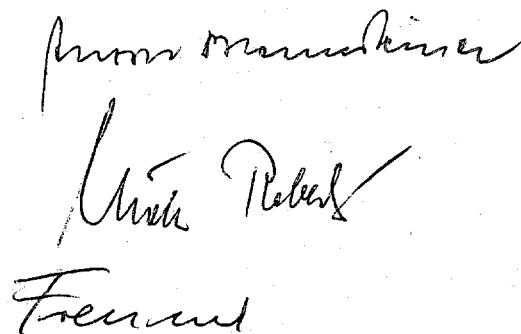
## Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betraut.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.



Anton



Franz

## ERLÄUTERUNGEN

Die Zeitungsbeförderungsgebühren wurden zuletzt mit 1. Jänner 1976 neu festgesetzt. Seither hat sich der Verbraucherpreisindex um nahezu 72 % erhöht. Die Verkaufspreise der Wochentagsausgaben der bekanntesten Tageszeitungen, wie z.B. Kurier, Kronenzeitung, Presse, haben sich sogar nahezu verdreifacht.

Die in der Zwischenzeit gestiegenen Kosten haben dazu geführt, daß im Jahr 1990 in diesem Dienst ein Abgang von nahezu 2,7 Mrd. S entstanden ist bzw. der Kostendeckungsgrad nicht ganz 10 % beträgt. Im Vergleich dazu weist die Deutsche Bundespost im Postzeitungsdienst einen Kostendeckungsgrad von rund 56 % und die Schweizer PTT von rund 45 % aus.

Um ein weiteres Absinken des Kostendeckungsgrades zu vermeiden bzw. das ungünstige Kostenbild im Zeitungsdienst zu verbessern, ist beabsichtigt, die Einnahmen in Etappen bis zum 1. Juli 1995 um etwa 60 % zu erhöhen.

Für Zeitungen mit der allgemein gehaltenen Anschrift "An einen Haushalt" ist eine Ermäßigung des Kilosatzes um 20 vom Hundert vorgesehen. Mit dieser Ermäßigung soll dem geringeren Aufwand bei der Beförderung solcher Zeitungen Rechnung getragen werden.

Neu eingeführt werden soll eine Jahresgebühr, die der zumindest teilweisen Deckung der Kosten für jene Leistungen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beförderung der Zeitungen stehen, dienen soll.

Durch die etappenweise Anhebung der Zeitungsbeförderungsgebühren soll den Medieninhabern (Verlegern) die Möglichkeit zu einer den wirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem Printmedienmarkt entsprechenden Kalkulation geboten werden. Die Zeitungsbeilagengebühr soll mit Rücksicht auf bereits abgeschlossene Verträge erst mit 1. Jänner 1992 angehoben werden.

Die aus dieser Maßnahme erwarteten Mehreinnahmen stellen sich wie folgt dar: 1991: 51 Mio S, 1992: 92 Mio S, 1993: 14 Mio S, 1994: 26 Mio S, 1995: 32 Mio S.

Mit den gegenständlichen legislativen Maßnahmen ist kein Mehraufwand auf dem Personal- oder Sachkostensektor verbunden.